Verteidigungsministerin Klaudia Tanner hat mit ihrem Reformvorstoß eine heftige Debatte über die zukünftige Rolle des Heeres entfacht. Eine wirkliche Neupositionierung fehle aber, sagen Experten.

Neutralität als Chance

Neues Heer

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) musste bei ihren Reformplänen für das Bundesheer viel Kritik einstecken. Vor allem die Frage der Neutralität wurde diskutiert.

Foto: APA / Bundesheer / Carina Karlovits

Von Manuela Tomic

Cyberangriffe, Katastrophen, Pandemien und Migrationskrisen: Für diese neuen Herausforderungen wolle Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) das österreichische Bundesheer künftig fit machen. Die Personalstruktur des Bundesheeres entspreche nicht mehr den aktuellen Anforderungen, so Tanner. Im Bereich Cyberdefence werden etwa hunderte zusätzliche Kräfte benötigt. So weit der Plan.

In der Opposition erntete Tanners Reform aber viel Kritik. Ende Juni waren in einem Hintergrundgespräch von der Ressortführung (ohne Ministerin) Pläne für eine tiefgreifende Umstrukturierung des Bundesheeres bekannt geworden. Dabei stießen sich SPÖ, Neos und FPÖ vor allem an einem Vorhaben: Die Ressortführung teilte dort mit, dass die militärische Landesverteidigung kein Schwerpunkt mehr sei. Prompt war in den Oppositionsreihen von einer „Schwächung des Heeres", der Gefährdung der österreichischen Neutralität und sogar von einem „glatten Bruch des Verfassungsgesetzes" die Rede. Kurz darauf musste Ressortchefin Tanner beschwichtigen.

Die militärische Verteidigung bleibe „im völligen Einklang mit der Bundesverfassung" Kernaufgabe. Aber man werde andere Aufgaben daneben in den Mittelpunkt stellen, um auch die Verteidigung in Zukunft zu sichern, so die Ministerin.

Der österreichische Friedensforscher Thomas Roithner sieht in der Neubewertung der potenziellen Gefahren einen positiven Schritt. Von einer tiefgreifenden Reform könne man aber nicht sprechen, sagt Roithner. „Da es in Österreich keine konventionelle Sicherheitsbedrohung gibt, könnte man, anstatt nur von Verteidigung zu sprechen, auch die Frage der internationalen Rolle Österreichs stellen", sagt Roithner. Österreich als neutrales Land sollte sich konstruktive Beziehungen leisten, die sich andere Staaten nicht leisten wollen oder können, meint der Experte.

Brückenbauer ohne Machtblock

„Wir haben zurzeit das Problem, dass es auf internationaler Ebene einen großen Mangel an Vertrauen gibt", erklärt Roithner, „die Großmächte USA, China und Russland vertrauen sich bei der Einhaltung von Verträgen nicht." Immer mehr Abrüstungsverträge würden aufgekündigt. Das sei eine wahre Bedrohung, so der Friedensforscher. „Österreich hat etwa den internationalen Atomwaffenverbotsvertrag mitinitiiert und ratifiziert", sagt Roithner, „das Heer könnte künftig auf internationaler Ebene dafür sorgen, dass der Vertrag eingehalten und kontrolliert wird. Das wäre eine wichtige Rolle." Das österreichische Heer könnte auch andere Länder zur Abrüstung animieren. „Österreich hätte als UN- und als OSZE-Standort hier die große Chance, sich als Brückenbauer zu profilieren", sagt Roithner. Da Österreich keinem Machtblock zugehörig sei, würde man hier vieles erreichen, so der Experte. Man könne etwa 2000 Expertinnen und Experten ausbilden und auf Basis einer Entschließung des Sicherheitsrates einsetzen, um Abrüstungsprozesse voranzutreiben. „Das wäre natürlich eine enorme Anstrengung", sagt Roithner. Dafür brauche es weitreichende Reformen und den Rückbau anderer Heeresaufgaben. Die Rolle des Bundesheeres radikal neu zu denken sei in den aktuellen Reformvorschlägen von Tanner jedenfalls nicht vorgesehen, erklärt der Experte. Doch es gibt einen Ansatz, spezialisierte Fachkräfte dazuzugewinnen, etwa im Feld Cyberkriminalität. So sprach sich Tanner für eine geplante Aufstockung von derzeit 20 auf 250 Mann und die Schaffung eines Cybersicherheitszentrums gemeinsam mit Bundeskanzleramt und Innenministerium aus. Die Schwierigkeit hier sei es aber, diese Leute am Arbeitsmarkt zu bekommen.

> *„Auf internationaler Ebene gibt es einen großen Mangel an Vertrauen."*
> *(Thomas Roithner, Friedensforscher)*

Handlungsbedarf gebe es auch bei der Struktur, bekräftigte Tanner. „Wir haben Doppelgleisigkeiten und lange Befehlsketten. Es gibt acht Befehlsebenen zwischen dem Generalstabschef und dem einfachen Soldaten." Tanner versprach Investitionen in die Infrastruktur und in die Miliz. Die Kasernen will sie unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte sanieren und modernisieren. Das Bundesheer verfügt über 287 Liegenschaften, davon 63 aktiv genutzte Kasernen, und 360 Millionen Quadratmeter Fläche, davon vier Millionen Quadratmeter dauerhaft genützte Fläche.

Eine weitere große Baustelle bleibt die Luftraumüberwachung. Wie es um deren Zukunft steht, bleibt noch offen. Zur Jahresmitte wollte Verteidigungsministerin Klaudia Tanner ihr künftiges Konzept für die Luftraumüberwachung bekanntgeben. Nun hat sie sich, wie ihre Vorgänger, dazu entschlossen, diese Entscheidung aufzuschieben. Bis zur Lösung des Rechtsstreits mit dem Jet-Hersteller Airbus bleiben die Eurofighter, ohne aber aufgerüstet zu werden, und die veralteten Saab 105 scheiden ohne Ersatz aus.

KOPF AN KOPF

Foto: Linkedin / Peter Serling

Mary Trump

warnt vor einer zweiten Amtszeit Trumps. ↑

Donald Trumps Nichte Mary hat eindringlich vor einer zweiten Amtszeit des US-Präsidenten gewarnt. „Ich kann nicht zulassen, dass er mein Land zerstört", zitierte der TV-Sender CNN Mary Trump am Dienstag unter Berufung auf ein Exemplar des unveröffentlichten Buchs der Präsidentennichte. Das Buch der promovierten Psychologin über die Familie Trump umfasst 240 Seiten.

Foto: APA / Roland Schlager

Rudolf Anschober

überholt Kanzler Kurz bei Umfragen. =

Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) rangiert in Sachen Beliebtheit bei Umfragen häufig auf dem ersten Platz. Nun wurde er überholt. Im Politikerranking der Gratiszeitung *Heute* liegt Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) nun ganz vorne. In einer Telefonumfrage, bei der 501 Personen befragt wurden, kam Anschober mit 49 Prozent auf Platz eins, Kurz erreichte 43 Prozent.

Foto: APA / AFP / Sergio Lima

Jair Bolsonaro

Nun selbst infizierter Covid-Verharmloser ↓

Der Präsident des nach den USA weltweit am schwersten getroffenen Landes Brasilien ist an Covid-19 erkrankt. Bolsonaro verkündete das Medienvertretern, riss sich die Maske vom Gesicht und rief: Seht, es geht mir gut! Mehr als 1,6 Millionen seiner Landsleute geht es nicht so gut wie dem Präsidenten, der sich mit Hydroxychloroquin behandeln lässt, weil er es sich leisten kann.

JOURNAL IN KÜRZE

INTERNATIONAL

WHO ohne die USA

Die USA haben am Mittwoch ihren Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation WHO offiziell gemacht. Die Meldung des Austritts, der mit 6. Juli 2021 wirksam werde, sei UN-Generalsekretär António Guterres übermittelt worden, sagte ein hoher Regierungsbeamter am Dienstag (Ortszeit) in Washington. Der Kongress sei darüber informiert worden, teilte der führende Demokrat im Auswärtigen Ausschuss des Senats, Bob Menendez, auf Twitter mit. US-Präsident Donald Trump hatte den Schritt Ende Mai angekündigt. Die USA sind der größte Geldgeber der WHO. Nach Ausbruch der Pandemie hatte Trump der WHO vorgeworfen, China hörig zu sein.

INTERNATIONAL

Unruhen wegen Corona

In der serbischen Hauptstadt hat sich die Lage nach Ausschreitungen wegen einer neuen Corona-Ausgangssperre wieder beruhigt. Die Polizei verdrängte die Demonstranten Mittwochfrüh aus der Umgebung des Parlaments in Belgrad, wie die staatliche Nachrichtenagentur Tanjug berichtete. Dienstagabend hatten Einsatzkräfte Tränengas eingesetzt, nachdem eine Gruppe von rund 100 gewalttätigen Demonstranten kurzzeitig ins Parlamentsgebäude eingedrungen war. Mehrere Tausend Menschen hatten vor dem Gebäude gegen die Ankündigung neuer Ausgangssperren wegen der Corona-Pandemie protestiert.

WIRTSCHAFT

Stark gebremster Handel

Die Pandemie hat den internationalen Warenaustausch ausgebremst. Im ersten vollen Lockdown-Monat April sind die heimischen Exporte gegenüber dem Monat im Vorjahr um 22,9 Prozent auf 10,04 Mrd. Euro zurückgegangen, so die Statistik Austria. Auch bei den Importen gab es empfindliche Rückgänge. Gestiegen ist erwartungsgemäß der Handel mit medizinischen Produkten.

INTERNATIONAL

Hongkong neues Tibet?

Der Ministerpräsident der tibetischen Exilregierung, Lobsang Sangay, sieht eindeutige Parallelen zwischen den aktuellen Geschehnissen in Hongkong und dem tibetisch-chinesischen Konflikt. „Beim Blick auf die chinesische Besetzung Tibets und deren Folgen sieht man, dass sich das in Hongkong wiederholt", sagte der 51-Jährige heute der Nachrichtenagentur AFP. China betrüge die Hongkonger genauso, wie es 1951 das tibetische Volk betrogen habe. Damals habe China den Tibetern weitgehende Autonomie zugesichert. „Ein Land, zwei Systeme, das wurde Tibet versprochen", sagte Sangay. Doch stattdessen habe Peking die Freiheiten des ehemaligen Himalaja-Königreichs gewaltsam untergraben. Inzwischen gehen die Proteste in Hongkong gegen das neue Sicherheitsgesetz Chinas weiter, Regimekritiker fordern internationale Solidarität ein.